



Protokoll der 13. Sitzung des Einwohnerrates

vom 18. Dezember 2013, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglied Fabian Eisenring

Traktanden

Laufnummer

Traktandenliste

- Die Interpellation betreffend den provisorischen Parkplätzen beim Brodtbeck-Areal (Nr. 2013/96) wird von den Interpellanten zurückgezogen und neu eingereicht (Nr. 2013/97). 2013/96
2013/97
- Der stadträtliche Antrag, dass der Quartierplan Grienmatt (Nr. 2013/92) an der heutigen Sitzung 2-fach zu beraten ist, wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt. 2013/92
- Dem Antrag des Stadtrates wird einstimmig zugestimmt und die Interpellation „Sanierung H2-Umfahrung Liestal und Neubau Zentrumsanschluss – wie weiter?“ (Nr. 2013/95) von der Traktandenliste abgesetzt. 2013/95
1. Budget und Jahresprogramm 2014 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission 2013/76
2013/76a-c
://: In der Schlussabstimmung wird das Budget und das Jahresprogramm 2014 einstimmig bei 1 Enthaltung genehmigt.
 2. Quartierplan Grienmatt – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission 2013/92
2013/92a
://: Die Quartierplanvorschriften werden gemäss den Anträgen des Stadtrates und der BPK beschlossen.
 3. Warenmarkt - Interpellation „Warenmarkt in Liestal – manövriert sich Liestal hier ins abseits?“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2013/86
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
 4. Fonds – Schriftliche Beantwortung der Interpellation betreffend Verzeichnis der privatrechtlichen Zweckbindungen von Fonds von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2013/87
2013/87a
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.
 5. Sammelbehälter Aludosen und PET-Flaschen - Interpellation betreffend Sammelbehältern für Aludosen und PET-Flaschen von Anna Ott der Grünen Fraktion 2013/88
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.

6. Quartierplan Rebgarten – Bericht Stadtrat zur Interpellation betreffend Quartierplan Rebgarten von Pascal Porchet der FDP-Fraktion 2013/89
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt. 2013/89a
7. Deponien Liestal – Bericht Stadtrat zur Interpellation betreffend Deponien in Liestal von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion 2013/90
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt. 2013/90a
8. Altersgerechte Turnhalle – Postulat von Thomas Eugster der FDP-Fraktion betreffend altersgerechten Turnhalle für die oberen Primarklassen des Gestadeckschulhauses 2013/94
://: Das Postulat wird mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) begrüsst die Ratsmitglieder, Gäste und Medienvertreter zur letzten Ratssitzung im Kalenderjahr 2014 und stellt fest, dass sich für die heutige Sitzung nur gerade ein Ratsmitglied entschuldigen lassen musste.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) orientiert kurz über einige Punkte sowie wichtige Beschlüsse der letzten Bürositzung:

- Das Rücktrittsschreiben von Erika Eichenberger (GL) per 31.12.2013 wurde bereits an der letzten Sitzung verlesen. Ähnlich wie Erika Eichenberger geht es wohl den meisten Ratsmitgliedern, denn mit einem weinenden Auge wird man sie hier im Rat vermissen, hatte sie während den letzten 10 Jahren doch wertvolle Arbeit geleistet und war auch bei den Kommissionssitzungen immer sehr gut vorbereitet. Und mit einem lachenden Auge gönnt ihr der Rat die zusätzliche freie Zeit für ihr soziales Umfeld, wie sie sich dies wünscht.
- Canan Güngör (SP) hat mit Schreiben vom 01.12.2013 ihren sofortigen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekannt gegeben. Das Demissionsschreiben wird verlesen. Die frühere Ratskollegin ist von ihrer Fraktion bereits am letzten Montag verabschiedet worden.
- An der heutigen Sitzung darf speziell die neue Ratskollegin Dominique Meschberger (SP) zu ihrer ersten Ratssitzung begrüsst werden, welche für Canan Güngör nachrückte. Sie wohnt im Zentrum an der Seestrasse, hat 3 Kinder und ist Lehrerin von Beruf.
- Vizepräsident Heinz Lerf wird die heutige Sitzung zwischendurch kurz verlassen. Das Büro hatte an seiner letzten Sitzung beschlossen, dass Büromitglied Lisette Kaufmann (GL) während seiner Abwesenheit stellvertretend für das Vizepräsidium verantwortlich zeichnen wird.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, die Rückmeldetalons „Jahresschlussessen vom 29.01.2014“ bis am Schluss der heutigen Sitzung dem Ratsschreiber abzugeben.
- Der vom Vizepräsidenten organisierte Einwohnerratsausflug findet am Freitagabend vom 09. Mai 2014 oder 23. Mai 2014 statt. Die Mitglieder werden gebeten, sich diesen Termin vorzumerken.
- Die heutige Ratssitzung kollidiert mit der Weihnachtsfeier der Sicherheitsdirektion im Foyer: In der Pause kann Mineralwasser in den beiden Vorräumen des Landratssaales konsumiert werden. Die Raucher wollen bitte den Aschenbecher draussen beim Haupteingang zum Regierungsgebäude benutzen.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, rosa
- Neue Vorstösse bzw. Vorlagen Nr. 2013/76c, Nr. 2013/97 und Nr. 2013/98
- Flyer Weltküche-Anlass vom 04. Januar 2014

Stimmzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--|
| - Denise Meyer (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Sabine Sutter (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Lisette Kaufmann (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation „Provisorische Parkplätze Brodtbeck-Areal“ von Lisette Kaufmann und Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion (Nr. 2013/97)
- Interpellation „Bewährt sich die Ortsplanung 2008“ von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion (Nr. 2013/98)

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt die Frage, ob Änderungen bezüglich der Traktandenliste gewünscht werden.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass der **Quartierplan Grienmatt (Nr. 2013/92)** schon in der BPK wenig Anlass zu Fragen und Diskussionen gab. Auch im Interesse der Investoren macht er beliebt und stellt den Antrag, dass diese Vorlage an der heutigen Sitzung vor und nach der Pause 2-fach beraten wird.

Peter Küng (SP) teilt mit, dass seine Fraktion von der reglementarischen Bestimmung, dass Quartierpläne in 2 Lesungen an 2 Sitzungen zu beraten sind, grundsätzlich nicht abweichen möchte. Denn damit wird gewährleistet, dass neue Erkenntnisse bzw. Fragen aus der Erstberatung bis zur zweiten Lösung nochmals überdenkt und/oder abgeklärt werden können. Dem stadträtlichen Antrag wird man deshalb nicht zustimmen. Sollte man aber nach der ersten Lesung feststellen, dass man den Anträgen der BPK und des Stadtrates in der zweiten Lesung diskussionslos zustimmen wird, so könnte man mit einem Ordnungsantrag immer noch die zweite Lesung an der heutigen Sitzung beantragen und gegebenenfalls beschliessen.

://: Der stadträtliche Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, dass er die **Interpellation betreffend den provisorischen Parkplätzen beim Brodtbeck-Areal (Nr. 2013/96)** zurückzieht. Dieser Vorstoss ist bereits neu formuliert und an der heutigen Sitzung mit der Lauf-Nr. 2013/97 neu eingereicht worden.

Stadtrat Peter Rohrbach stellt den Antrag, dass die **Interpellation „Sanierung H2-Umfahrung Liestal und Neubau Zentrumsanschluss – wie weiter?“ (Nr. 2013/95)** von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt und auf die nächste Ratssitzung vom 29. Januar 2014 neu traktandiert wird, da die Antwort des Kantons auf die stadträtlichen Fragen noch ausstehend sind.

://: Einstimmig wird dem stadträtlichen Antrag zugestimmt und die Interpellation Nr. 2013/95 von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

147 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Budget und Jahresprogramm 2014 – Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2013/76)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) legt basierend auf einer projizierten Folie dar, dass das Büro die Vorgehensweise bzw. den Ablauf betreffend der Beratung sowie Beschlussfassung des nächstjährigen Budgets und Jahresprogramm wie folgt beschlossen hatte:

1. **Eintreten**
2. **FIKO-Bericht (Nr. 2013/76a)**
Vorstellen Bericht durch FIKO-Präsident
3. **BPK-Bericht (Nr. 2013/76b)**
Vorstellen Bericht durch BPK-Präsident
4. **Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**
Ergänzungen Stadtrat zu Vorlage Nr. 2013/76
5. **Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**
(keine Stellungnahmen zu Anträgen)
6. **Einzelredner: Gesamtwürdigung**
(keine Stellungnahmen zu Anträgen)
7. **Anträge, Abstimmungen pro Themengebiet**
 - 7.1 *Antragsteller: Begründung Anträge gem. Vorlage Nr. 2013/76c*
 - 7.2 *Stellungnahme Stadtrat zu Einzel- und Kommissionsanträgen*
 - 7.3 *Stellungnahme FIKO zu Anträgen gemäss Vorlage Nr. 2013/76c*
 - 7.4 *Fraktionssprecher*
 - 7.5 *Einzelredner*
 - 7.6 *Abstimmung über Anträge (Reihenfolge gem. FIKO-Bericht)*
 - 7.7 *Schlussabstimmung*

* * * * *

1. Eintreten

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass betreffend der Eintretensfrage keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

2. FIKO-Bericht (Nr. 2013/76a)

Daniel Spinnler (FDP) hält als FIKO-Präsident die wichtigsten Punkte des Kommissionsberichtes gemäss Vorlage Nr. 2013/76a fest: Betreffend der Behandlung des Budgets bzw. des Entwicklungsplanes wird auf Punkt 2.1 des FIKO-Berichtes verwiesen. Das heisst, dass der EP 2014-2018 demnach an der Sitzung vom 30.04.2014 behandelt werden kann. Wesentlich ist, dass beim Budget 2014 auf das HRM2-Rechnungsmodell umgestellt wurde, was der Verwaltung auch sehr gut gelungen ist. Erfreulich ist ebenfalls, dass in der Erfolgsrechnung der erfreuliche Überschuss von CHF 863'000 ausgewiesen werden kann, doch liegt man bei der Selbstfinanzierung mit 3,025 Mio. Franken unter dem mittelfristig angestrebten Mittelwert von CHF 4,5 Mio. Franken. Mit den reduzierten Investitionen von 1,5 Mio. Franken resultiert ein Finanzierungssaldo von schlussendlich 1,525 Mio. Franken. Gemäss Stadtrat handelt es sich beim Budget 2014 um ein Übergangsbudget und betreffend der In-

vestitionsplanung „Schulhaus Frenke“ wird sich der BPK-Präsident noch äussern. Die veranschlagten Steuererträge von 38,1 Mio. Franken sind auch für die FIKO plausibel bzw. nachvollziehbar. Gemäss heute erhaltener Auskunft sind von 900 geprüften Gebäudekatas-ter-Blättern rund 1/3 nicht richtig und weitere Korrektur- und Nachführungsarbeiten sind nö- tigt. Auch Verzögerungen bei Quartierplanungen usw. bringen Mindererträge bei der Ein- wohnerkasse mit sich. Im Rahmen der FIKO-Abklärungen wurde festgestellt, dass bei den Parkplatzgebühren zusätzliche Erträge im 2014 hätten erwartet werden dürfen, doch sind diese nicht veranschlagt worden. Verbindliche Zahlen dürften erst mit der Rechnung 2014 vorliegen. Besorgniserregend sind die weiterhin steigenden Sozialhilfekosten, doch kann man diesbezüglich nicht viel machen. Wichtig wäre es, dass man ein Controlling aufbauen würde, damit man beispielsweise die Nachhaltigkeit von Wiedereingliederungsprogrammen dokumentieren und Zahlenmaterial liefern könnte. Eingehend hatte sich die FIKO mit der Ausfinanzierung bzw. Passivierung der BLPK-Schulden von rund 32 Mio. Franken befasst, doch ist noch nicht bekannt, in welchem Rechnungs- und Kalenderjahr diese ins Budget ge- hören. Die FIKO ist ebenfalls der Meinung, dass für die Investitionskredite keine Sonder- vorlagen nötig sind. Gemäss Punkt 3.4.1 des Kommissionsberichtes ist man guter Dinge, dass man betreffend den ausstehenden Wassergebühren zu Beginn des dritten Quartals im 2014 nun doch endlich vom Stadtrat eine Auslegeordnung mit konkreten Zahlen erhalten wird. Gesamthaft findet die FIKO das Übergangs-Budget 2014 positiv.

3. BPK-Bericht (Nr. 2013/76b)

Diego Stoll (SP) verweist auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2013/76b und hält als Präsident die wesentlichsten Punkte kurz fest: Schwergewichtig hatte sich die BPK mit den- jenigen Investitionen beschäftigt, welche unter dem Betrag von je TCHF 300 liegen und im Rahmen des Budget demnach ohne Sondervorlagen beschlossen werden können. Wegen neuen Erkenntnissen bezüglich der demografischen Entwicklung musste die Sanierung der Schulanlage Frenke leider ins Planjahr 2015 verschoben werden. Auch die Sanierung des Kindergartens Gräubern wegen Geruchsproblemen war in der Kommission unbestritten. Ein- zig betreffend der Sanierung der Kasinobrücke beantragt die BPK, dass für diese Investition vom Stadtrat eine Sondervorlage einzureichen ist. Wegen einer zeitlichen Dringlichkeit hatte die BPK an ihrer Sitzung von letzter Woche einstimmig beschlossen, dass auch für diese Position keine Sondervorlage verlangt werden soll. Bezugnehmend auf die BPK-Berichte be- treffend dem Budget 2013 und dem Entwicklungsplan 2013-2017 konnte man feststellen, dass die Stadt in der Konsolidierungsphase planmässig unterwegs ist. Neu ist lediglich, dass der GWP überarbeitet werden muss und rund 1'100 überalterte Wasserzähler ersetzt wer- den sollen, damit der Wasserverlust minimiert werden kann. In der Gesamtwürdigung kann festgestellt werden, dass das Budget 2014 qualitativ sehr gut ist. Angesichts der HRM2-Um- stellung bzw. dem Übergangsbudget 2014 ist die Zurückhaltung bezüglich der Investitions- tätigkeiten begreiflich. Begrüssenswert ist es, dass in der momentanen Phase doch wichtige Grundlagen für die Zukunft erarbeitet werden.

4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtpräsident Lukas Lukas dankt als Finanzchef für die gute Aufnahme des nächstjährigen Budget und Jahresprogrammes im Einwohnerrat. Im Zusammenhang mit dem immer wieder erwähnten Übergangsbudget 2014 spielt beispielsweise die Pensionskassen-Sanierung eine wichtige Rolle, welche ab 1.1.2015 bzgl. der Laufenden Rechnung und Selbstfinanzierung relevant werden wird. Die Bilanzierung wird Ende 2014 erfolgen bzw. die Deckungslücke von rund 32 Mio. in die Bücher übernommen. Gespannt ist man natürlich auf die Bestimmungen des Kantons im Zusammenhang mit dem Bilanzfehlbetrag-Abbau, denn ein solcher ist ge- mäss geltendem Gesetz in der 5-jährigen Frist gar nicht möglich. Auch für den Stadtrat ist die baldmöglichste Sanierung der Schulhausanlage Frenke unbestritten, doch angesichts des städtischen Investitionsvolumens ist es wichtig, dass dem Rat eine robuste Sondervorlage

unterbreitet werden kann. Die vorgenommenen Plausibilisierungen führen leider zu den erwähnten zeitlichen Verzögerungen. Bereits im Jahr 2013 konnte das Ziel betreffend dem Schuldenabbau erreicht werden und nun stellt sich natürlich schon die Frage, was mit dem neu entstandenen Spielraum in der Grössenordnung von rund 1,5 Mio. Franken passiert. Im Budget 2014 wird ein Finanzierungsüberschuss von rund 1,5 Mio. Franken ausgewiesen und dieser soll wiederum für den Schuldenabbau verwendet werden. Damit kann der Spielraum für die Investitionstätigkeiten in der Zukunft wieder ausgeweitet werden. Betreffend der beantragten Steuersenkung wird er anschliessend noch Stellung nehmen. Die Laufende Rechnung weist einen positiven Saldo von rund CHF 860'000 aus, was in Anbetracht der Einflüsse wie die Steuermindereinnahmen usw. doch recht erfreulich ist. Auch andere Gemeinden haben mit massiven Mehraufwänden im Zusammenhang mit der Sozialhilfe, der Pflegefinanzierung usw. zu kämpfen, doch können diese von den Gemeinden kaum selbst beeinflusst werden. Dass in Liestal trotzdem wieder ein Ertragsüberschuss zustande gekommen ist, hat unter anderem auch damit zu tun, dass die Zahlen richtig gemanagt werden und man sich ebenfalls immer wieder an eine gute Ausgabendisziplin hält. An dieser Stelle möchte er deshalb den Stadtratsmitgliedern und auch der Verwaltung für die diesbezügliche Unterstützung danken, denn oftmals sind solche Massnahmen auch mit unangenehmen Entscheidungen verbunden. Auch der FIKO und der BPK möchte er für die guten und sachbezogenen Diskussionen im Zusammenhang mit der Budgetberatung den besten Dank aussprechen.

Stadtrat Peter Rohrbach hält bezüglich der Instandstellung der Kasinobrücke fest, dass man diesbezüglich schon lange in Diskussion mit dem Kanton ist. Nach den diesjährigen Untersuchungen im Frühling und Herbst sind die Aussagen klar, dass man wegen Sicherheitsaspekten keinen Spielraum mehr habe und die Sanierung nächstes Jahr nötig ist. Die veranschlagten TCHF 100 waren eigentlich für die Planungsarbeiten im 2014 vorgesehen und die Sanierung für das Jahr 2015 vorgemerkt. Der Zeitplan muss nun gekürzt und gestrafft werden und die Sondervorlage für die Investitionstätigung im nächsten Jahr muss dem Einwohnerrat bereits im ersten Quartal 2014 vorgelegt werden, damit die Instandsetzung der Kasinobrücke im zweiten Semester 2014 möglich ist.

5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) bittet die Fraktionssprecher, sich nun gesamthaft zum Budget und zum Jahresprogramm 2014 zu äussern.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) teilt mit, dass die Mittelfraktion den Einsatz betreffend der HRM2-Umstellung und transparente Budget-Darstellung würdigt und verdankt. Gemäss Zahlen des Statistischen Amtes BL liegt Liestal bei den Pro Kopf-Ausgaben mit CHF 4'594.-- nur knapp über dem Kantonsdurchschnitt von CHF 4'501.--. Bei den Sozialhilfekosten liegt Liestal mit CHF 1'075.-- doch deutlich über dem Kantonsdurchschnitt von CHF 755.--. Das Budget 2014 sieht unter dem Strich gut aus, wobei zu beachten ist, dass beispielsweise die Investition betreffend der Frenkschulhaus-Sanierung hinausgeschoben wurde, aber später gleichwohl anfallen wird. Jährlich müssten rund 6 Mio. alleine für den Substanzerhalt investiert werden und so müssen die Investitionen auch langfristig betrachtet werden. Auch seine Fraktion kann sich damit einverstanden erklären, dass man von einem Übergangsbudget redet, in welchem auch extrem wenige Investitionen veranschlagt sind. Die Steigerung auf der Aufwandseite von 4 Prozent gegenüber dem Budget 2013 hatte schon auch Anlass zu Diskussionen in seiner Fraktion gegeben, doch ein diesbezüglicher Handlungsbedarf müsste spätestens bei der Beratung des Entwicklungsplanes 2014-2018 thematisiert werden. Das Budget 2014 ist von seiner Fraktion grundsätzlich positiv aufgenommen worden.

Patrick Mägli (SP) erklärt, auch seine Fraktion habe das Budget 2014 wohlwollend zur Kenntnis genommen. Im ersten Moment bekundete seine Fraktion Mühe mit der Verschiebung der Schulhaussanierung Frenke, doch konnte vom Stadtrat überzeugend dargelegt werden, dass ein nochmaliges Überdenken des Projektes Sinn macht. Der Stadtrat wird in Anbetracht der anstehenden finanziellen Herausforderungen in den nächsten Jahren über keinen grossen Spielraum verfügen und so macht die angekündigte Aufgabenüberprüfung durchaus Sinn, welche sich der Stadtrat im Jahr 2014 schwerpunktmässig widmen wird.

Jürg Holinger (GL) meint, dass bei guten Kommissionsberichten auch die Diskussionen im Plenum entsprechend kürzer sein dürften. Auch seine Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtrat die kontinuierlich ansteigenden Kosten in den Griff bekommen muss, doch den diesbezüglichen Handlungsbedarf dürfte dieser mit der im Jahre 2014 geplanten Ausgabenüberprüfung bereits selbst erkannt haben. Der Start mit der HRM2-Umstellung ist gut gelungen, doch die grösseren Brocken dürften noch mit der Rechnung 2014 kommen. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird für das geschickte Management beim Umgang mit den Fragen betreffend den Pensionskassen-Sanierung gedankt. Auch er hofft, dass die veranschlagten Zahlen bei einer Annahme der Gemeindeinitiative schlussendlich doch noch freundlicher aussehen werden. Vor einem Jahr hatte er sich dafür bedankt, dass das Jugendkonzept in das Jahresprogramm 2013 aufgenommen wurde, doch muss er diesen Dank schwer relativieren, da das Jugendkonzept immer noch nicht vorliegt. Bei der Budgetberatung fallen immer wieder die geringen Einnahmen aus dem Finanzvermögen auf, liegen diese doch wesentlich unter dem Kantonsdurchschnitt. Dies wird insbesondere auch deswegen bedauert, da diese Einnahmen bei der Finanzausgleich-Berechnung nicht berücksichtigt werden. Das Budget 2014 findet seine Fraktion grundsätzlich gut.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion stehe dem Budget grundsätzlich positiv gegenüber. Davon ausgenommen ist der beantragte Steuerfuss, doch diesbezüglich wird er sich später noch äussern. Die kaum beeinflussbaren Kostenfolgen im Sozial- und Pflegebereich sowie die Bereiche Wasser und Abwasser verursachen schon etwas Bauchweh. Nach den heutigen Zeitungsberichten darf man doch hoffen, dass vom Kanton diesbezüglich doch noch ein Ausgleich geschaffen wird und Liestal davon profitieren kann.

Max Schäublin (FDP) führt aus, auch die FDP-Fraktion sei grundsätzlich mit dem Budget 2014 einverstanden. Die wesentlichen Punkte sind bereits erwähnt worden, weshalb er darauf nicht nochmals eingehen möchte. Von seiner Fraktion ist der stadträtliche Antrag für eine Steuersenkung schmerzlich vermisst worden, doch wird man diesbezüglich im Zusammenhang mit dem SVP-Antrag nochmals zurückkommen. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der Budget-Erarbeitung ausgesprochen. Als neues Ratsmitglied hatte er auch die Kommissionsarbeit in der FIKO toll gefunden.

6. Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass sich nun noch die Einzelsprecher des Rates äussern können.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt für den detaillierten und gut abgefassten BPK-Bericht. Die Verschiebung der Sanierungsarbeiten beim Schulhaus Frenke macht Sinn. Auch wird die Einführung der Bio-Klappe begrüsst. Auch die Sanierungsarbeiten beim Kindergarten Gräubern sind nötig, doch sollten die Schülerzahlen nochmals überprüft werden, da das Oskar Bider-Quartier doch recht überaltert ist. Ein Container-Provisorium könnte gegebenenfalls auch eine günstige Übergangslösung sein. Angesichts der Dringlichkeit wird die Mittefraktion einem Verzicht auf eine Sondervorlage betreffend der Kasinobrücken-Sanierung zustimmen.

7. Anträge, Abstimmungen pro Themengebiet

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass den Ratsmitgliedern am letzten Samstagmorgen die Vorlage Nr. 2013/76c mit dem SVP-Antrag betreffend der Steuerreduktion zur Kenntnis gebracht wurde, welcher gemäss § 50 des Geschäftsreglementes fristgerecht eingegangen ist. Diese Vorlage ist den Ratsmitgliedern an der heutigen Sitzung noch als Tischpapier verteilt worden.

a) Antragsteller: Begründung Antrag gem. Vorlage Nr. 2013/76c

Hanspeter Meyer (SVP) nimmt Bezug auf den SVP-Antrag und stellt fest, dass das heikle Thema der Steuersenkung alljährlich bei der Budgetbehandlung auf den Tisch kommt. Seine Fraktion kämpft seit Jahren für einen vernünftigen Mittelweg betreffend dem Steuerfuss für Natürliche Personen, obwohl man sich den gesetzten Grenzen bewusst ist. Nach Beizug der verschiedenen Grundlagen zur Entscheidungsfindung ist auch eine Gewichtung bezüglich Wünschbarem und Machbarem nötig. Und je nach Sichtweise kann man darüber diskutieren, ob nun das Glas halb voll oder halb leer ist. Die Gesundung der Gemeindefinanzen Liestals während der letzten Jahre war unbestritten nur mit der Unterstützung aller Parteien möglich. Dabei dürfen aber die Steuerzahler Liestals nicht ausser Acht gelassen werden, welche ebenfalls wesentlich zur Schuldensanierung beigetragen hatten. Diesen ist auch eine Steuersenkung in Aussicht gestellt worden, sobald die Vorgaben, welche sich die Legislative und Exekutive gegeben haben, erfüllt sind. Und so ist es heute an der Zeit, dass diese früheren Versprechen eingelöst werden. Natürlich wird die Senkung der Steuern von 1 % für den einzelnen Steuerzahler nicht weltbewegend sein. Es soll vielmehr auch bezeugt werden, dass glaubwürdig politisiert wird. Im Rat werden auch immer wieder diejenigen Attraktivitäten erwähnt, welche für Neuzuzüger relevant sein dürften und in diesem Zusammenhang dürfen auch die Steuersätze nicht vergessen bleiben. Mit der beantragten Steuersenkung sollen nun aber auch diejenigen Einwohner einmal berücksichtigt werden, welche jahrelang einen sehr hohen Steuerfuss mitgetragen haben. Natürlich finden Gegner der Steuersenkung wieder Argumente, um glaubhaft machen zu können, dass der Zeitpunkt für eine Steuersenkung wiederum falsch sei. Es ist aber zu beachten, dass bei zu guten Budget-Ergebnissen länger und mehr Begehrlichkeiten angemeldet werden, die schlussendlich dann auch eine Steuersenkung wieder verunmöglichen. Der Rat wird gebeten, dem Antrag seiner Fraktion für eine Senkung des Steuerfusses für Natürliche Personen auf neu 65 % zuzustimmen.

Daniel Spinnler (FDP) hält als FIKO-Präsident fest, dass auch die Finanzkommission gemäss einwohnerrätlichem Geschäftsreglement zu Anträgen Stellung nehmen muss. Der SVP-Antrag ist bereits in der letzten Kommissionssitzung thematisiert worden. Die wichtigsten Punkte der Stellungnahme sind unter Punkt 4.1.1 des FIKO-Berichtes aufgeführt. Mit 4 Ja- gegen 5 Nein-Stimmen empfiehlt die FIKO dem Rat, dem Budget-Antrag betreffend einer Steuersenkung nicht zu folgen.

Stadtpräsident Lukas Ott weist darauf hin, dass die Stadt Liestal seit 2004 durchgängig schwarze Zahlen schrieb und das Eigenkapital zwischenzeitlich rund 23 Mio. Franken beträgt. Für den Stadtrat ist es naheliegend, dass in Anbetracht dieser positiven Parameter der Steuerfuss für die Natürlichen Personen zur Diskussion steht und auch heute zum Thema wird. Wenn man mit Hilfe des Entwicklungsplanes 2014-2018 nun auch in die Zukunft blickt, so stellt man fest, dass man trotz ausserordentlichen Mehraufwändungen weiterhin schwarze Zahlen schreiben wird. Und mit dem eingereichten Budget-Antrag geht man wohl davon aus, dass es der Stadtrat auch in Zukunft meistern wird, das einte Steuerprozent wieder puffern zu können. Und grundsätzlich ist der SVP-Antrag ein sehr grosser Vertrauensbeweis an den Stadtrat, doch dürfte dieser im Moment doch etwas zu weit gehen, denn unmittelbar und kurzfristig stehen grössere Herausforderungen wie beispielsweise die BLPK-Reform an, welche die Laufende Rechnung wesentlich beeinflussen wird. Auch ist vom Stadtrat immer wie-

der kommuniziert worden, dass nach Abschluss der Finanzhaushalt-Sanierung verstärkt Investitionen zu tätigen sind. Im Zusammenhang mit der dynamischen Entwicklung Liestals wird man weiterhin gefordert sein, sind doch beispielsweise im Zusammenhang mit den verschiedenen Quartierplanungen auch noch verschiedene Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Der gesteigerte Mittelbedarf bedarf ohnehin Fremdkapital und im Entwicklungsplan 2014-2018 wird vom Stadtrat aufgezeigt, dass bei Steuersenkungen auch die Fremdkapitalaufnahme entsprechend nötig sein wird. Wenn sich die Kapitalmarktsituation verschlechtern und die Zinssätze ansteigen werden, so hätte man dann doch wieder ein grösseres Problem. Gespannt ist man auch auf das Ergebnis der bevorstehende Gemeindeabstimmung vom 18. Mai 2014 betreffend der Pensionskassen-Gemeindeinitiative. In der Laufenden Rechnung sind ab 2015 für die Pensionskassen-Sanierung jährlich CHF 500'000.-- eingestellt und dieser Betrag entspricht in etwa 1 Steuer-Prozent. Auch die Reduktion der Selbstfinanzierung in der Grössenordnung von CHF 600'000.-- entspricht einem weiteren Steuerprozent. Und bevor nun die Steuern gesenkt werden, sollten doch die finanziellen Folgen der BLPK-Sanierung bzw. künftigen finanziellen Spielräume abgewartet werden. Der Stadtrat sieht grundsätzlich den Bedarf zur Korrektur der Steuersätze bei den Natürlichen Personen und ist auch bereit, diesbezügliche Anpassungen vorzunehmen, wenn sich die Spielräume ergeben würden. Andere Gemeinden haben zum Teil erhebliche Erträge aus dem Finanzvermögen und damit können Spielräume erarbeitet werden, da diese im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich keine Auswirkungen haben. Das sehr tiefe Finanzvermögen der Stadt Liestal hat damit zu tun, dass sich unsere Vorgänger-Generationen praktisch vom gesamten Tafelsilber der Stadt Liestal getrennt hatten. Und dies hat zur Folge, dass man auch sehr stark von den Steuererträgen abhängig ist. In Anerkennung der berechtigten Diskussionen über mögliche Steuersenkungen ist der Stadtrat der Meinung, dass aber die Abstimmung vom 18. Mai 2014 abgewartet werden soll.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) berichtet, dass sich eine knappe Mehrheit der Mittefraktion gegen den SVP-Antrag ausspricht. Die Folgen der BLPK-Sanierung sind noch nicht genau bekannt. Als Pro-Argument kann erwähnt werden, dass die Schuldensanierung abgeschlossen ist und nun sollten die Steuerzahler auch einmal von der besseren Finanzlage profitieren, obwohl der Zeitpunkt natürlich wiederum schlecht ist. Auch der Vergleich mit den anderen Kantonshauptorten spricht dafür, dass Liestal die Steuern senkt. Als Contra-Argument wird die Verzögerung bei der Frenkschulhaus-Sanierung erwähnt, denn diese Investitionen werden gleichwohl noch anfallen. Der Investitionsbedarf wird mittelfristig steigen und es wäre töricht, heute die Steuern zu senken und diese dann beispielsweise wegen der BLPK-Sanierung wieder zu erhöhen.

Thomas Eugster (FDP) betont, dass im Moment alles für eine moderate Steuersenkung von einem Prozent spreche. Liestal muss nun ein positives Zeichen für die Neuzuzüger setzen, was unter Berücksichtigung der verschiedenen Quartierplanungen bzw. den zu erwartenden zusätzlichen 1700 Einwohnern wichtig ist. Liestal muss vom Image als Steuerhölle wegkommen. Die Folgen der BLPK-Sanierung dürfen uns nicht von den langfristigen Strategien abbringen. Im Budget 2014 hat es noch etwas Luft für eine Steuersenkung, ist doch beispielsweise die Gratisparkierzeit abgeschafft, die Mehreinnahmen aber nicht veranschlagt worden. Auch ist den Steuerzahlern vom Stadtrat und Einwohnerrat das Versprechen abgegeben worden, dass nach der Schuldensanierung das jahrelange Sparen auch mit einer Steuersenkung honoriert werden soll, damit auch diesen gegenüber ein positives Zeichen gesetzt werden kann. Und auch beim Gemeindefinanzhaushalt ist es so, dass ein steter Kostendruck die Motivation zur erhöhten Effizienz erhöht. Dem Übergangsbudget 2014 muss suggeriert werden, dass genügend Geld vorhanden ist und wegen dem fehlenden Spardruck wird das Geld tendenziell freizügiger ausgegeben. Und für die Schulhaus-Sanierungen wird man in Zukunft so oder so Fremdkapital aufnehmen müssen, doch sind im Moment die Zinsen noch günstig. Die FDP-Fraktion wird einstimmig den Antrag der SVP-Fraktion unterstützen.

Patrick Mägli (SP) gibt bekannt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen wird, da noch riesige finanzielle Herausforderungen wie die Pensionskassen-Sanierung, die Sanierung der Schulhäuser usw. auf uns zukommen werden. Unter den heutigen Voraussetzungen wäre deshalb eine Steuersenkung absolut verantwortungslos. Auch in anderen Gemeinden des Kantons wurden rote Zahlen budgetiert und Steuererhöhungen beschlossen. Und sollte der Steuersenkung zugestimmt werden, müssten die bürgerlichen Parteien auch die Verantwortung für einen riesigen Schuldenaufbau in den nächsten Jahren übernehmen, welcher dann von den nächsten Generationen wieder abzubauen wäre. Die SP-Fraktion spricht sich nicht generell gegen Steuersenkungen aus, wird aber wegen den aktuellen Voraussetzungen und Gegebenheiten heute den SVP-Antrag ablehnen. Sollte es im Zusammenhang mit der BLPK-Sanierung doch noch zu einer substanziellen Entlastung kommen, so könnte eine Steuersenkung durchaus wieder geprüft werden.

Jürg Holinger (GL) hält fest, dass mögliche Steuersenkungen von seiner Fraktion bereits mit dem Postulat Nr. 2010/88 thematisiert wurde und dieser Vorstoss im Zusammenhang mit dem Entwicklungsplan 2014-2018 an einer nächsten Sitzung hier im Rat thematisiert wird. Auch die Grüne Fraktion ist grundsätzlich auch an einer Steuersenkung interessiert, doch ist auch seine Fraktion der Meinung, dass ein diesbezüglicher Entscheid nicht heute gefällt werden sollte. Dass man überhaupt in der Lage ist, über Steuersenkungen zu reden und zu diskutieren, ist doch auch ein Verdienst des Stadtrates, welcher wesentlich zur Schulden-sanierung in den letzten Jahren und einem soliden Budget 2014 beigetragen hat. Bei der Betrachtung des Entwicklungsplanes wird klar, dass es der finanzielle Spielraum vor allem wegen der Pensionskassen-Sanierung und den Schulhaus-Investitionen heute noch nicht erlaubt, weitere Einschränkungen mit einer Steuersenkung zu beschliessen. Ein Abbau von Dienstleistungen kommt für die Grüne Fraktion nicht in Frage und so müsste der Steuerausfall mit der Fremdkapitalerhöhung kompensiert werden. Gemäss stadträtlichen Prognose auf Seite 25 des Entwicklungsplanes bzw. demografischen Entwicklung werden in den nächsten Jahren durchschnittlich 400 Neuzuzüger nach Liestal ziehen und so schlimm kann es demnach mit der vorgängig erwähnten Steuerhölle Liestal nicht sein. Und der stadträtliche Sparwille wird ja unter anderem auch damit manifestiert, dass der Stadtrat nächstes Jahr die Aufgabenüberprüfung in Angriff nehmen wird. Bei einer Annahme der Pensionskassen-Gemeindeinitiative dürfte durchaus wieder der Spielraum vorhanden sein, dass man über Steuersenkungen wieder konkret diskutieren kann. Seine Fraktion wird den SVP-Antrag ablehnen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass man schon vor Jahren eine Steuersenkung beschlossen habe und dann in der Folge verschiedene wichtige Projekte wie beispielsweise die Deutschkurse für Migrantinnen gestrichen wurden. Sie wird sich gegen eine Steuersenkung aussprechen.

Peter Küng (SP) nimmt Bezug auf das Votum des FDP-Fraktionssprechers und meint, eine echte substanzielle Steuersenkung sei wohl eher nach der Annahme der Gemeinde-Initiative am 18. Mai 2014 möglich, welcher ja auch von allen Fraktionen hier im Saal unterstützt wurde. Als Politiker sollte man eher den zunehmenden EL-, AHV- und Pflegefinanzierungskosten einmal die gebührende Beachtung schenken, wie dies beim Kanton aktuell auch getan wird. Natürlich kann man als Marketing-Gag immer wieder die Neuzuzüger erwähnen, doch sollte man diejenigen Einwohner und Steuerzahler nicht vergessen, welche in den letzten Jahren auch zur Gesundung der Gemeindefinanzen beigetragen hatten. Vermehrt sollten sich Stadtrat und Einwohnerrat denjenigen wichtigen Themen sowie Ausgaben widmen, die wichtig sind und auch Potential haben.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, man müsse nicht unbedingt dem Wahrsager Mike Shiva anrufen, um zu erfahren, wo der Graben durchläuft. Im Zusammenhang mit der erwähnten demografischen Entwicklung müsste man doch auch wissen, wie viele der 1'700 Neuzuzüger überhaupt steuerpflichtig sind und in welchem Rahmen sich deren Steuererträge bewegen. Das einte Steuerprozent macht für die Gemeindefinanzen den Betrag von rund CHF 500'000.-- aus und für die Steuerpflichtigen den Betrag von CHF 15.-- pro 1000 Franken Gemeindesteuern, was für die Gemeinde und auch die Steuerzahler keine massiven finanziellen Belastungen oder Entlastungen mit sich bringen würde. Die Steuersenkung bedingt aber eine bessere Budget-Disziplin sowie Unterscheidung von absolut Nötigem und von Wünschbarem. Was die Zukunft bringen wird, wissen wir alle noch nicht, doch gemäss heutigem Wissen ist eine Steuersenkung verkraftbar und deshalb sollte diese auch zu Gunsten der Einwohnerschaft weitergegeben werden.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

Gestützt auf § 82 des Geschäftsreglementes wird von vier Mitgliedern der SVP-Fraktion die namentliche Abstimmung verlangt.

://: Der Antrag der SVP-Fraktion betreffend der Senkung des Steuerfusses für Natürliche Personen auf 65 % wird in der von der Antragstellerin verlangten namentlichen Abstimmung mit 20 Ja-Stimmen gegen 19 Nein-Stimmen angenommen.

	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Ambühl Georg	X		
Augstburger Elisabeth		X	
Eichenberger Erika		X	
Eisenring Fabian			<i>entschuldigt</i>
Eugster Thomas	X		
Fischer Werner	X		
Fraefel Stefan	X		
Franke Meret		X	
Gränicher Beat	X		
Gutzwiller Rolf		X	
Holinger Jürg		X	
Hügli Corinne	X		
Jeitziner Karin	X		
Kaufmann Lisette		X	
Küng Peter		X	
Leimgruber Walter		X	
Lerf Heinz	X		
Mägli Patrick		X	
Meschberger Dominique		X	
Meyer Denise	X		
Meyer Hanspeter	X		
Meyer Markus	X		
Ott Anna		X	
Porchet Pascal	X		
Quensel Marianne		X	
Rudin Lorenz	X		
Rudin Markus	X		
Ruesch Corinne		X	
Schafroth Gerhard		X	
Schafroth Hans-Rudolf	X		
Schäublin Max	X		
Spinnler Daniel	X		

Steinger Pia		X	
Stoll Diego		X	
Stoll Hanspeter		X	
Sutter Sabine	X		
Wunderlin Vreni	X		
Wyss Claudio	X		
Zimmermann Matthias		X	
Zumsteg Hanspeter		X	
TOTAL	20	19	

❖ Steuerfuss, Steuersätze, Abgaben

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass über die restlichen Anträge in der Reihenfolge gemäss FIKO-Bericht abgestimmt wird. Es ist nun über die Steuerfüsse, die Steuersätze sowie die Abgaben zu beschliessen.

Daniel Spinnler (FDP) hält fest, dass über den Steuerfuss für die Natürlichen Personen bereits vorgängig im Zusammenhang mit dem SVP-Antrag abgestimmt wurde und nun nur noch über die Steuersätze der juristischen Personen sowie die Feuerwehersatzabgaben abzustimmen ist.

://: Die Steuersätze der juristischen Personen sowie die Feuerwehersatzabgaben werden gemäss stadträtlichem Antrag einstimmig festgelegt.

❖ Gebühren

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig wird von den im Jahre 2014 geltenden Gebühren für den Wasserbezug, die Abwasserbenützung, die Kehrichtsackgebühr sowie die Hundehaltung gemäss stadträtlichem Antrag Kenntnis genommen.

❖ Teuerungsausgleich

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig zugestimmt und der Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals auf 0,0 % festgelegt.

❖ Jahresprogramm 2014

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Rat vom Jahresprogramm 2014 Kenntnis.

❖ **Erfolgsrechnung, Investitionen**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

Da der BPK-Antrag betreffend der Sondervorlagen „Kasinobrücke“ zurückgezogen wurde, gilt das Verzeichnis gemäss Seiten 9/65 und 10/65 der stadträtlichen Vorlage Nr. 2013/76.

://: Gemäss stadträtlichem Antrag genehmigt der Rat einstimmig die budgetierte Erfolgsrechnung sowie die Investitionen des Jahres 2014, für die nicht zwingend Sondervorlagen erstellt werden müssen.

❖ **Schlussabstimmung**

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zu diesem Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: In der Schlussabstimmung wird das Budget und das Jahresprogramm 2014 einstimmig bei 1 Enthaltung genehmigt.

148 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Quartierplan Grienmatt – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2013/92)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Im Zusammenhang mit der Traktandenlistenbereinigung ist der stadträtliche Antrag für eine 2-malige Beratung an der heutigen Sitzung abgelehnt worden. Gegebenenfalls kommt man mit einem Ordnungsantrag auf diesen Entscheid zurück. Und sollte dem Ordnungsantrag zugestimmt werden, würde die 2. Lesung unmittelbar nach der Pause stattfinden.

Diego Stoll (SP) stellt als BPK-Kommissionspräsident den Bericht der Bau- und Planungskommission gemäss Vorlage Nr. 2013/92a vor: Die Vorlage ist an zwei Kommissionssitzungen beraten worden. Die vorliegende Quartierplanung hält sich strikt an die Masterplanung Zentrum Nord. Die drei minimalen Änderungen sind im Bericht erwähnt, doch grundsätzlich werden die Kriterien erfüllt. Das Investitionsvolumen beläuft sich auf rund 38 Mio. Franken und beim vorliegenden QP soll der Baustart bereits im Sommer 2014 erfolgen. Der QP-Perimeter hatte nicht gross Anlass zu Diskussionen gegeben. Im Bericht wird auf die Gesamtübersicht betreffend der Situation für die Fussgänger sowie Velofahrer entlang der Ergolz eingegangen und einzig im Bereich QP Mühlematt kann nicht von einer Ideallösung gesprochen werden. Betreffend einem markierten Radweg ist von der BPK auch ein entsprechender Antrag formuliert worden.

Pascal Porchet (FPD) meint, beim QP Grienmatt könne sicher von einer vorbildlichen Quartierplanung gesprochen werden, welcher frühere Diskussionspunkte und Begehrlichkeiten des Rates wie Minergie, Energiekonzept mit Fernwärme, unterirdische und oberirdische Parkplätze usw. berücksichtigt. Auch das Investitionsvolumen von rund 38 Mio. Franken und die Schaffung von 60 neuen Wohnungen kann ebenfalls nur in unserem Sinn sein. Der Fokus der BPK für ein übergeordnetes Denken bei den QP's und beispielsweise der grüne Pfad entlang der Ergolz ist äusserst wichtig. Mit einem Infrastrukturbeitrag von CHF 10.-/m2 kann ein Erlös von CHF 89'000.-- erzielt werden, was ebenfalls von grosser Bedeutung ist, können doch damit weitere Planungen sowie Projekte wie Schulraum usw. mitfinanziert werden. Die FDP-Fraktion wird den Anträgen der BPK und des Stadtrates zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, die Mittefraktion begrüsse es ebenfalls, dass mit der bisher ungenutzten grösseren Landfläche doch etwas geht. Die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum, die Tötigung von grösseren Investitionen mit baldigem Baubeginn sowie die Integration des Rad- und Fussgängerweges in der Uferschutzzone entlang der Ergolz werden von ihrer Fraktion unterstützt, weshalb man auch den BPK-Anträgen zustimmen wird. Noch genauer müsste angeschaut werden, wie entlang dem Gestadeckplatz in Richtung Gerbersstrasse der Veloweg und Busverkehr in Einklang gebracht werden kann.

Hanspeter Zumsteg (GL) hält fest, dass im gut geplanten Bauvorhaben die für seine Fraktion wichtigen Aspekte wie die Realisierung von Wohnräumen für Familien und auch Alleinstehende, die naturnahe und ökologische Gestaltung des Areals gemäss LEK wie die Begrünung von Flachdächern, die Realisierung des Fussgänger- und Veloweges entlang der Ergolz etc. berücksichtigt werden. Dass die vor Jahren mit dem Masterplan Zentrum Nord festgelegten Rahmenbedingungen nun konkretisiert werden, freut auch seine Fraktion. Eine sorgfältige Planung ist nötig, damit beispielsweise die Fussgänger sicher die stark befahrenen Strassen überqueren können. Die im Verkehrsgutachten vorgesehenen zwei Mittelinseln sind zielstrebig umzusetzen, auch wenn die angrenzenden QP's etwas Land zur Verfügung stellen müssen. Im Zusammenhang mit der Einmündung des vom Fraumattquartier herkommenden Radweges muss eine sichere Lösung wie beispielsweise die Koppelung an eine

fallfällige Fussgänger-Lichtsignalanlage gefunden werden. Seine Fraktion wird den beiden BPK-Anträgen zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) teilt mit, das Wichtigste zum Teil schon doppelt gesagt wurde, weshalb er auf weitere Wiederholungen verzichte. Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen einstimmig zu. Ihn persönlich freut es, dass an der heutigen Sitzung keine Kommissionsarbeiten gemacht und bereits geführte Diskussionen wiederholt werden.

Matthias Zimmermann (SP) informiert, die SP-Fraktion werde den BPK-Anträgen ebenfalls zustimmen. Schade ist lediglich, dass der Verkehrsfluss bei der Gerberstrasse die Verbindung zu Liestal Nord nach wie vor behindert, obwohl man auf diese Problematik bereits im Zusammenhang mit dem QP Ziegelhof aufmerksam gemacht hatte. Ein kleiner Fortschritt sind nun doch zumindest die beiden Mittelinseln, doch muss die dortige Verkehrssituation schon noch einmal thematisiert werden. Die Einbettung der verschiedenen Quartierpläne in den äusserst wertvollen Masterplan Zentrum Nord wird schlussendlich eine erfreuliche Qualität mit sich bringen, was nur dank der gesamtheitlichen Betrachtung möglich war.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass ihm persönlich der BPK-Antrag 3.1 betreffend dem Radweg schon etwas Bauchweh mache. Hat man übersehen, dass dort im Moment noch eine Bushaltestelle besteht und die ein- und aussteigenden Busbenützer den Veloweg benützen müssen? Die Reihenfolge muss doch so festgelegt werden, dass sich die Fussgänger und Velofahrer im Zusammenhang mit der Busbenützung nicht in die Quere kommen. Dieses Problem sollte spätestens bei der Thematisierung des kantonalen Strassenprojektes gelöst werden.

Stadtrat Peter Rohrbach dankt für die gute Aufnahme des Geschäftes im Einwohnerrat. Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und der Stadt läuft auch im Zusammenhang mit dem vorliegenden Projekt gut. Er kann auch versichern, dass die Fachleute keinen Blödsinn planen und auch die bekannten und heute wieder erwähnten Probleme spätestens im Zusammenhang mit dem Strassenprojekt des Kantons prüfen werden. Übergeordnet muss aber noch zuallererst die Übernahme der erwähnten Gemeindestrassen in das kantonale Strassennetz umgesetzt werden.

Diego Stoll (SP) kann Ratsmitglied Stefan Fraefel darüber informieren, dass dessen Anliegen bereits in der BPK thematisiert wurde und auch weiterhin im Auge behalten wird.

Peter Küng (SP) möchte das von ihm anfangs der heutigen Sitzung gemachte Versprechen nun doch einlösen und stellt den Ordnungsantrag, dass nach der Pause der Quartierplan Grienmatt ein zweites Mal beraten wird.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft und auch dem Ordnungsantrag keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr gegen 1 Nein-Stimme wird dem Ordnungsantrag der SP-Fraktion zugestimmt und das Geschäft an der heutigen Sitzung 2-fach beraten.

2. Lesung nach Pause bzw. Unterbruch der Sitzung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) hält fest, dass gemäss Ratsbeschluss vorgängig der Sitzung nun der QP Grienmatt in zweiter Lesung nochmals beraten und im Anschluss daran über die Anträge der BPK sowie des Stadtrates abgestimmt wird.

://: Das Eintreten wird nicht bestritten.

Pascal Porchet (FDP) hofft bzw. freut sich darauf, dass der Galopp in der BPK und im Einwohnerrat der letzten Wochen bei den Investoren ebenfalls seine Fortsetzung findet und das Projekt der QP Grienmatt auch schon bald umgesetzt wird.

Stadtrat Peter Rohrbach nimmt Bezug auf den Terminplan auf Seite 8 der stadträtlichen Vorlage Nr. 2013/92 und erklärt, dass nach der Planaufgabe und allfälligen Einigungsverhandlungen im Anschluss daran der Stadtrat dem Regierungsrat die Genehmigung des QP Grienmatt beantragen wird.

Matthias Zimmermann (SP) hofft auch auf eine baldmöglichste Realisierung des QP Grienmatt. Beim vorgängig gestellten Ordnungsantrag hatte er gegen eine 2-fache Lesung an der heutigen Sitzung gestimmt. Auch bei Planungsgeschäften sollte der Rat doch sorgfältige Arbeit leisten und deshalb an der reglementarischen Bestimmung für die 2-fache Beratung an zwei Lesungen festhalten und sich eine Denkpause zwischen der ersten und zweiten Lesung gönnen. Im Zusammenhang mit früheren Quartierplanungen hatte man es schon erlebt, dass man den Investoren nicht zu Füssen kriechen muss und sich auch für den politischen Prozess genügend Zeit nimmt. Die Ausnahmeregelung sollte auch bei einer allgemeinen Befürwortung des Geschäfts nur in absoluten Ausnahmefällen genutzt werden.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Anträge gemäss Vorlage Nr. 2013/92 werden verlesen.

://: Einstimmig beschliesst die Quartierplanvorschriften Grienmatt.

://: Die Mutation Grienmatt zum Teilzonenplan Zentrum wird einstimmig beschlossen.

Markus Meyer (SVP) führt aus, dass von der BPK gemäss Vorlage Nr. 2013/92a unter Punkt 3.1 ein Zusatzantrag betreffend einer Ergänzung des QP-Reglementes beantragt wird, über welchen nicht abgestimmt wurde.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) bedankt sich für den Hinweis von Markus Meyer und bittet den BPK-Präsidenten, sich noch bzgl. dem Zusatzantrag der Kommission zu äussern.

Diego Stoll (SP) hält als Kommissionspräsident betreffend dem BPK-Zusatzantrag fest, dass dieser als Folge der Vorberatung von der BPK einstimmig beschlossen wurde.

://: Dem Antrag der BPK, dass das Quartierplanreglement mit der Ergänzung „Auf der Freifläche entlang des Gestadeckplatzes ist von den Grundeigentümern Raum für einen markierten Radweg zur Verfügung zu stellen, wobei die konkrete Umsetzung in Koordination mit dem kantonalen Strassenprojekt zu erfolgen hat“ beschlossen wird, wird vom Rat einstimmig zugestimmt

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Quartierplanvorschriften Grienmatt gemäss Anträgen des Stadtrates und der BPK, bestehend aus:

- QP Grienmatt, Quartierplanreglement vom 31.10.2013; mit Berücksichtigung der vorgängig beschlossenen Ergänzung
- QP Grienmatt, Quartierplan 1 „Bebauung und Nutzung“ vom 31.10.2013
- QP Grienmatt, Quartierplan 2 „Freiraum und Erschliessung“ vom 31.10.2013
- QP Grienmatt, Quartierplan 3 „Schnitte“ vom 31.10.2013

://: Einstimmig beschliesst der Rat die Mutation Grienmatt zum Teilzonenplan Zentrum, bestehend aus dem Teilzonenplan Zentrum, Mutation Grienmatt vom 31.10.2013.

149 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Warenmarkt – Interpellation „Warenmarkt in Liestal – manövriert sich Liestal hier ins abseits?“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/ GLP-Fraktion (Nr. 2013/86)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Vreni Wunderlin-Friedli
CVP/EVP/glp-Fraktion

Liestal, 28.10.2013

Interpellation

Warenmarkt in Liestal - manövriert sich Liestal hier ins abseits?

Seit Jahren findet in der Rathausstrasse und Fischmarkt der obligate Warenmarkt statt. Unter den Marktfahrern stellte man – wenn man so hinhörte - viel Unmut fest. Liestal als Marktstandort sei anscheinend gar nicht so beliebt. Es gebe immer wieder Probleme beim Parkieren der Autos der Marktfahrer. Die Kosten/Gebühren erscheinen hoch. Die Organisation sei mangelhaft. Eine verantwortliche Person fehle am Markttag. Es fehle überhaupt eine kompetente Person. Am vergangenen Markt gab es nur wenige Stände am Fischmarkt. Es wurden sogar Autos zum Verkauf angeboten. Für mich gehören solche Angebote nicht an einen Warenmarkt.

Fragen an den Stadtrat:

Wie wichtig ist die Durchführung des Warenmarktes für die Stadt Liestal.

Will die Stadt den Warenmarkt aus der Rathausstrasse „verbannen“, damit die Ladenbesitzer an diesen Tagen keinen Umsatzverlust erleiden?

Sind die Anfragen von Marktfahrern rückläufig?

Werden die Termine koordiniert mit andern gleichwertigen Anlässen?

Ich bitte den Stadtrat, um Beantwortung dieser Fragen.

Vreni Wunderlin-Friedli

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) informiert darüber, dass die Interpellation von Stadträtin Marion Schafroth beantwortet wird.

Stadträtin Marion Schafroth teilt mit, dass sich einige Marktfahrer nach dem letzten Herbstmarkt negativ betreffend dem Markt in Liestal geäußert hatten. Die Fragen der Interpellantin möchte sie wie folgt kurz beantworten:

Antwort zu 1. Frage: Der Warenmarkt hat traditionellen Stellenwert, gehört zum Stadtleben, bringt Abwechslung und Buntheit in den Jahresverlauf. Er ist beliebt bei den Marktfahrern sowie der Bevölkerung von Liestal und Umgebung. Aus all diesen Gründen wird an der Durchführung von Warenmärkten festgehalten. Insgesamt sind diese Märkte ein Beitrag zur Imagepflege, wenn es auch in finanzieller Hinsicht für die Stadt Liestal insgesamt ein leicht defizitäres Geschäft ist.

Antwort zur 2. Frage: Nein, der Markt gehört in die Altstadt.

Antwort zur 3. Frage: Wir haben für die letzten drei Jahre die Anzahl der teilnehmenden Marktfahrer erhoben. Es nahmen jeweils zwischen 104 – 120 Marktfahrer am Markt teil, im Durchschnitt waren es 107 Marktfahrer. Generell festzustellen ist, dass es im Frühjahr eher mehr und im Herbst eher weniger Aussteller hat. Am letzten Markt im Oktober 2013 waren tatsächlich weniger, nämlich nur 87 Marktfahrer in Liestal. Warum? Ein wichtiger Grund war sicher die Manor-Baustelle, denn 20 mussten umplatziert werden, weshalb einige gar nicht zum Herbstmarkt gekommen sind. Am Vortag mussten 8 kurzfristige Absagen zur Kenntnis genommen werden und 3 Aussteller konnten kurzfristig noch zur Teilnahme bewegt werden. Drei Marktfahrer mussten sich kurzfristig bzw. am Markttag selbst wegen Krankheit abmelden.

Antwort zur 4. Frage: Ja, die Termine werden immer mit dem Schweizerischen Marktverband abgeklärt, damit es zu keinen Kollisionen mit wichtigen Messen wie bspw. die BEA, Olma, Herbstmesse, dem Sissacher-Markt usw. kommt.

Über die hiermit beantworteten Fragen hinausgehend möchte sie noch einige Informationen vermitteln:

Innerhalb der Stadtverwaltung Liestal ist eine klar bezeichnete Person, die Marktchefin, welche für das Marktwesen zuständig ist. Sie ist bei jedem Markt von Beginn des Aufbaus bis zum Abbau anwesend und immer wieder vor Ort auf dem Markt. Die Marktfahrer haben jederzeit eine Ansprechpartnerin.

Regelmässig bzw. 1 Woche nach dem Markt tagt die Marktkommission zur Nachbesprechung. Somit werden allenfalls aufgetretene Probleme oder Zwischenfälle besprochen und wo nötig Massnahmen beschlossen und in die Wege geleitet. In der Marktkommission sind vertreten: 1 Vertretung Marktfahrer, 1 Vertretung KMU Liestal, die Marktchefin, der Bereichsleiter Sicherheit/Soziales, das für die Sicherheit und Soziales zuständige Stadtratsmitglieder, 1 Mitarbeiter der Betriebe und 1 Person aus der Bevölkerung Liestals. Es liegt in der Natur der Sache, dass es beispielsweise Interessenkonflikte zwischen Ladenbesitzern und Marktfahrern gibt. Der Marktkommission ist es bisher immer im konstruktiven Gespräch gelungen, diese Probleme zu verringern oder möglichst salomonische Lösungen zu finden.

Schon seit Längerem hat der Stadtrat die Marktkommission beauftragt, den Markt generell zu überprüfen hinsichtlich Attraktivitätssteigerung und allgemeiner Optimierung. Daher ist aktuell eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Marktkommission, der KMU Liestal sowie 1 KMU-unabhängigen Gewerbetreibenden daran, die Marktsituation in Liestal generell zu überprüfen. Ein solches Arbeitspapier entsteht aktuell und wird ein wichtiges Dokument für das später noch stattfindende Vernehmlassungsverfahren sein.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt dankt als Interpellantin für die Antworten, wünscht aber die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) ist froh, dass etwas geht. Der Weihnachtsmarkt ist ja auch erweitert worden und es sind zusätzliche Freiräume geschaffen worden, was allgemein grossen Anklang findet. Beim Herbst-Warenmarkt war das Bild mit leeren Marktständen, einer fehlenden Durchmischung des Warenangebotes usw. schlecht und schien konzeptionslos. Marktfahrer hatten ihr gesagt, dass ihnen eine kompetente Ansprechperson für ihre Anliegen fehle. Wenn ein Marktfahrer alle 4 Märkte in Liestal besucht, so bezahlt er 584 Franken und diesen sollte doch bei einem solchen Preis sicher auch ein fester Standplatz zugesichert werden können. Auch hätte betreffend der Manor-Baustelle viel früher informiert werden sollen. Ihr ist es wichtig, dass der Liestaler-Warenmarkt in seiner ursprünglichen Art noch lange bestehen wird.

Peter Küng (SP) dankt als betroffener Geschäftsinhaber an der Rathausstrasse für die Antworten des Stadtrates betreffend dem Warenmarkt Liestal. So konnten beispielsweise bei geschätzten 20 – 30'000 Besuchern am letzten Weihnachtsmarkt-Samstag traumhafte Umsätze erzielt werden. Er findet es richtig und wichtig, dass im Zusammenhang mit dem Warenmarkt-Konzept auch grundsätzliche und wesentliche Neuerungen geprüft werden. So war beispielsweise in früheren Jahren die Aussteller mit Autoscootern usw. nach dem Warenmarkt noch bis Ende Woche auf dem Wasserturmplatz anzutreffen, was insbesondere auch die Jugendlichen zu schätzen wussten. Ein Luna-Park in der Allee oder auf dem Gestadeckplatz wäre vielleicht eine neue Idee, welche auch noch geprüft werden könnte.

Hanspeter Meyer (SVP) unterstützt die Ausführungen seines Vorredners. Der Liestaler-Markt hat eine jahrhundertlange Tradition und er findet es ebenfalls toll, dass die Arbeitsgruppe nun auch unkonventionelle Ideen prüft. Wichtig ist wie bei jedem Markt, dass man entlang den Marktständen in einem Rundlauf bleibt.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/86.

150 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Fonds – Schriftliche Beantwortung der Interpellation betreffend Verzeichnis der privatrechtlichen Zweckbindungen von Fonds von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2013/87)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass die Interpellation vom Stadtrat schriftlich beantwortet wurde, wie dies vom Interpellanten gewünscht wurde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) nimmt als Interpellantin Stellung zur Vorlage Nr. 2013/87a und dankt dem Stadtrat für die detaillierten Antworten, mit welchen sie sehr zufrieden ist. Die stadträtlichen Informationen dürften auch für die Bevölkerung von Interesse sein. Interessant ist speziell der Verwendungszweck des Friedhoffonds, werden aus diesem auch Beiträge an die Pfarrämter und die Sozialberatung geleistet. Auch der Zweck des Allemandi-Legates kann auch nur schwer beurteilt werden. Bei einigen Fonds ist das Vermögen nur noch gering. Wird die Stadt auch weiterhin mit finanziellen Mitteln für privatrechtliche Zweckbindungen begünstigt? Sie wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Patrick Mägli (SP) meint, die meisten Fonds und Legate waren in seiner Fraktion total unbekannt und deshalb wird der Stadtrat um eine offensivere Publikmachung gebeten, damit allfällig in Frage kommenden Personen auch davon erfahren und gegebenenfalls ein Beitragsgesuch stellen können.

Stadtpräsident Lukas Ott nimmt Bezug auf die Zusatzfrage der Interpellantin und informiert darüber, dass in letzter Zeit keine neuen privatrechtlichen Zweckbindungen errichtet wurden, welche von der Stadt zu verwalten sind. Freiwillige Beiträge und Spenden ohne Zweckbindung fliessen in die Stadtkasse.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/87.

151 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Sammelbehälter Aludosen und PET-Flaschen – Interpellation betreffend Sammelbehältern für Aludosen und PET-Flaschen von Anna Ott der Grünen Fraktion (Nr. 2013/88)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liest
Anna Ott, Grüne Fraktion*

Interpellation betreffend Aludosen und PET-Flaschen: Mehr Sammelbehälter im öffentlichen Raum in Liestal

Immer noch landen viel zu viele PET-Flaschen oder Aludosen unsortiert im Abfall. Vor allem im öffentlichen Raum wird alles im selben Kübel entsorgt – wenn überhaupt. Die Recycling-Organisationen der Branchen für PET (PET Recycling Schweiz) und für Alu (Igora Genossenschaft für Aluminium Recycling Schweiz) stellen den Städten und Gemeinden kostenlos extra Sammelbehälter zur Verfügung, um die Rohstoffe recyceln zu können. Da es in Liestal offensichtlich zu wenig Sammelbehälter gibt – was nach den jeweiligen „Spontanfeiern“ z. B. auf dem Wasserturmplatz mangels geeigneter Sammelbehälter zum Ausdruck kommt –, wäre ein aktives und auch den Detailhandel ergänzendes Vorgehen und Angebot der Stadt nötig.

Ich bitte den Stadtrat deshalb höflich, die folgende Frage zu beantworten:

Ist der Stadtrat bereit, gut zugängliche Sammelbehälter für PET-Flaschen und Aludosen im öffentlichen Raum (rund um den Bahnhof, Allee, Wasserturmplatz, Rathausstrasse etc.) aufzustellen?

*Liestal, den 26. Oktober
Anna Ott*

* * * * *

Stadträtin Regula Nebiker sagt, dass die Anregungen der Interpellantin sind in den Betrieben auf fruchtbaren Boden gestossen. Das Aufstellen von zusätzlichen PET-Sammelbehältern wird nicht näher geprüft, denn der Missbrauch von unbewachten Sammelstellen ist erfahrungsgemäss nicht unbedeutend und im Falle von PET-Flaschen müssten die Sammelbehälter von Fremdkörpern/-abfall aussortiert werden. Liestal verfügt aber über zahlreiche PET-Sammelstellen bei Verkaufsgeschäften, in Schulanlagen usw. und von diesen Sammelstellen existiert gar eine Karte. Die Schaffung von zusätzlichen Sammelstellen für Alu-Dosen wird noch näher geprüft, doch möchte man nicht auf die allgemein bekannten Gratis-Sammelbehälter zurückgreifen, sondern in einem Testversuch die etwas solideren Sammelbehälter prüfen.

Anna Ott (GL) dankt als Interpellantin für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion, damit sich andere Ratsmitglieder auch noch zu diesem Thema äussern können.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist, aus dem Rat aber keine Wortbegehren angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/88.

152 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Quartierplan Rebgarten – Bericht Stadtrat zur Interpellation betreffend Quartierplan Rebgarten von Pascal Porchet der FDP-Fraktion (Nr. 2013/89)

Stadtrat Peter Rohrbach hält ergänzend zur schriftlichen Interpellationsbeantwortung gemäss Vorlage Nr. 2013/89a fest, dass Ausgangspunkt jeder Quartierplanung der Zonenplan ist. So haben neue Eigentümer auch die QP-Vorschriften zu übernehmen, welche für die betreffenden Grundstücke gelten bzw. innerhalb des QP-Perimeters liegen.

Pascal Porchet (FDP) dankt als Interpellant für die schriftlichen Antworten sowie die Ergänzung an der heutigen Sitzung, welche ihn befriedigen. Er wünscht die Diskussion, sollte sich doch noch ein Ratsmitglied zu diesem Geschäft äussern wollen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist. Zum Geschäft werden keine Wortbegehren aus dem Rat angemeldet.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/89.

153 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Deponien – Bericht Stadtrat zur Interpellation betreffend Deponien in Liestal von Lisette Kaufmann der Grünen Fraktion (Nr. 2013/90)

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt fest, dass die Interpellation vom Stadtrat schriftlich beantwortet wurde.

Im Titel der stadträtlichen Vorlage Nr. 2013/90a ist auch Jürg Holinger der Grünen Fraktion als Interpellant aufgeführt. Dabei handelt es sich um einen Verschieb, denn der Vorstoss ist nur von Lisette Kaufmann eingereicht worden.

Nach Umfrage kann er feststellen, dass das Eintreten unbestritten ist.

Lisette Kaufmann (GL) dankt als Interpellantin für die Antworten des Stadtrates und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann nach Umfrage feststellen, dass die Diskussion unbestritten ist.

Lisette Kaufmann (GL) meint als Interpellantin, man habe die stadträtlichen Antworten positiv aufgenommen, denn auch in ihrer Fraktion ist man der Meinung, dass in Liestal genügend Deponien vorhanden sind. Solche Deponien sollten in der Region auch gleichmässig auf die Gemeinden verteilt werden. Eine Deponie kann kurzfristig wohl ein lukratives Geschäft für die Grundeigentümer und Betreiber sein, doch diese bringen meist auch massive Eingriffe in die Natur mit sich. So wäre die Realisierung der geplanten Deponie im Windental mit der Zerstörung eines wertvollen Ökosystems verbunden, von welcher die ganze Bevölkerung und auch die künftigen Generationen betroffen wären. Und verursacht beispielsweise auch die Deponie Lindenstock noch lange Kosten, obwohl diese schon längere Zeit nicht mehr in Betrieb ist. Auch können nie Deponie-Sanierungen vorausgesagt werden, deshalb ist es wichtig, dass man beispielsweise mögliche finanzielle Folgen solcher Sanierungen bereits vor Inbetriebnahme einer Deponie thematisiert und klar regelt.

Patrick Mägli (SP) teilt mit, auch die SP-Fraktion wird weitere Deponien auf Liestaler-Boden ablehnen, bringen diese doch erhebliche Eingriffe in die Landschaft und das ökologische Gleichgewicht mit sich. Der Bedarf an weiteren Deponien in der Region ist unbestritten, doch weshalb sollen solche auch weiterhin in Liestal realisiert werden? Es ist gut und richtig, dass sich der Stadtrat für eine angemessene Verteilung der Deponien in der ganzen Region einsetzt. Die Bürgergemeinde setzt sich doch für das Bewahren von Bestehendem ein und so wäre es wünschenswert, wenn diese auch beim Natur- und Landschaftsschutz so wäre. Diese sollte deshalb auf eine lukrative Einnahmequelle bzw. die Schaffung weiterer Deponien verzichten. Seine Fraktion erwartet, dass dem Bürgerrat vom Stadtrat die Bedenken des Einwohnerrates betreffend weiteren Deponien mitgeteilt wird.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) dankt ebenfalls für die stadträtlichen Antworten. Im Zusammenhang mit der stadträtlichen Antwort zur 6. Frage möchte er als Bürgerrat festhalten, dass vom Kanton keine verbindliche Zusage gemacht wurde, bis wann der AUE-Prüfbericht betreffend der Deponie Lindenstock vorliegen wird.

Karin Jeitziner (FDP) möchte zu diesem Thema in ihrer Funktion als Bürgerrätin noch einige Punkte festhalten: Das kantonale Amt für Wald kontrolliert auch die Deponien und im Zusammenhang mit den Lindenstock-Kontrollen sind nebst der Einwohner- und Bürgergemeinde Liestals auch noch weitere kantonale Stellen sowie Firmen involviert. Die Nachsorge ist bis ins Jahr 2030 gesorgt. Die diskutierte neue Deponie ist erst in Diskussion und könnte auch kurzfristig nicht realisiert werden, weshalb auf eine Panik-Mache verzichtet werden kann. Auch muss man nicht in der Grünen Partei sein, damit man sich mit Natur- und Landschaftsgedanken befasst. Auch die Bürgergemeinde ist im Moment nur im Zusammenhang

mit Vorabklärungen involviert. Vom Einwohnerrat sind in letzter Zeit einige grössere Bauvorhaben sowie Quartierplanungen beschlossen worden und es stellt sich doch die wohl berechtigte Frage, wo man beispielsweise das dort anfallende saubere Aushubmaterial deponieren wird. Und auf keinen Fall könnten zusätzliche neue Deponien beispielsweise von der Bürgergemeinde als Grundeigentümerin selbst bestimmt und beschlossen werden.

Stadtrat Peter Rohrbach bemerkt, dass der Stadtrat gar nicht gegen eine neue Deponie sein kann, weil er ja auch noch gar nicht weiss, um was es geht. Weitere Massnahmen werden vom Stadtrat erst nach Vorliegen des AUE-Berichtes geprüft und beschlossen.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2013/90.

154 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Altersgerechte Turnhalle – Postulat von Thomas Eugster der FDP-Fraktion betreffend altersgerechten Turnhalle für die oberen Primarklassen des Gestadeckschulhauses (Nr. 2013/94)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut

Thomas Eugster (FDP)
Einwohnerrat Liestal

24. November 2013

Postulat

Altersgerechte Turnhalle für die oberen Primarklassen des Gestadeckschulhauses

Das Gestadeckschulhaus, ein Bau aus dem Jahre 1957, verfügt über eine gut erhaltene Turnhalle, die jedoch im Vergleich zu den Turnhallen anderer Schulhäuser deutlich kleiner ist. Dies führt beim Turnunterricht der oberen Primarklassen immer wieder zu prekären Situationen, die nicht selten mit Verletzungen von Schülerinnen und Schülern enden. Mit der Umsetzung von Harmos werden zukünftig zusätzlich auch 6. Primarklassen ihren Turnunterricht in dieser Turnhalle abhalten müssen.

Nebst den ungenügenden Platzverhältnissen im Innenbereich fehlt im Aussenbereich ein Übungsplatz gänzlich. Dies führt dazu, dass im Sportunterricht eine adäquate Vorbereitung für die Oberstufe gar nicht gewährleistet werden kann. Das Fach Sport stellt in der Oberstufe aber ein Promotionsfach dar, das gemäss Notentabelle je nach Leistung benotet wird. Dies bedeutet für die Schülerinnen und Schüler der Primarschule Gestadeck, dass sie im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden des Schulkreises resp. mit den andere Liestaler Primarschulen einen deutlichen Nachteil haben.

Für den Turnunterricht der 5. und zukünftig der 6. Primarklassen muss deshalb eine bessere Lösung gesucht werden. Dem Postulanten ist klar, dass der Bau einer grösseren Turnhalle zur Zeit ausserhalb der finanziellen Möglichkeiten von Liestal liegt. Abklärungen mit den Lehrpersonen und betroffenen Eltern haben aber ergeben, dass es auch einfache, unbürokratische Lösungen gibt (siehe Beilage):

- Die Turnhalle der Kaserne Liestal werden zur Zeit nur etwa zur Hälfte vom KV Liestal genutzt und stehen häufig leer. Eine zusätzliche Nutzung durch 5. und 6. Primarklassen des Gestadeckschulhauses scheint daher problemlos möglich zu sein. Gegebenenfalls müsste das Militär für die Benutzung von der Stadt Liestal entschädigt werden. Weder unterschiedliche Unterrichtszeiten des KV Liestals noch ein Benutzervorrecht des Militärs würde ein Hindernis darstellen, denn die Primarschule könnte sich in jeder Hinsicht nach Bedarf den Begebenheiten anpassen.*
- Um den Leichtathletikunterricht im Freien für 5. und 6. Primarklassen des Gestadeckschulhauses ermöglichen zu können, wäre es sicherlich möglich, dass periodisch das Stadion Gitterli beansprucht werden könnte. Dies in Absprache mit der Sekundarschule Burg, welche heute für den Unterricht hauptsächlich das Stadion Gitterli beansprucht. Andere Nutzer des Stadion Gitterli sollten deshalb nicht tangiert werden.*

Der Stadtrat wird gebeten, die oben erwähnten Lösungsvorschläge zu prüfen und zu berichten, ob und bis wann sie umgesetzt werden können.

Thomas Eugster

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Stadtrat Franz Kaufmann informiert darüber, dass der Stadtrat das Postulat sehr gerne entgegennehmen würde. Dem Postulat ist ja das Eltern-Schreiben vom 10.11.2013 von betroffenen Eltern vorausgegangen und das Postulat könnte er bereits an der heutigen Sitzung beantworten.

Thomas Eugster (FDP) dankt als Postulant für die stadträtliche Zusage und das Angebot, für die Beantwortung desselben an der heutigen Sitzung. Von der Schulleitung sind bereits Sofortlösungen in Aussicht gestellt worden, was er an dieser Stelle bestens verdanken möchte. Die Postulatsbeantwortung mit kurz- und langfristigen Massnahmen macht angesichts der vorgerückten Stunde wohl auch keinen grossen Sinn. In der schriftlichen Beantwortung sollten nicht nur Sofortmassnahmen erwähnt, sondern Lösungen aufgezeigt werden, die Konstanz und Kontinuität haben werden.

Elisabeth Augustburger (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass auch die Mittefraktion einer Postulatsüberweisung zustimmen wird. In der Postulatsbeantwortung sollten auch die Kostenfolgen thematisiert werden.

Corinne Ruesch (GL) findet, dass gute Schulräumlichkeiten auch für die Sport- und Turnstunden wichtig sind. Optimierungsmöglichkeiten sollen auch im vorliegenden Fall ausgeschöpft werden. Was in ihrer Fraktion schon etwas erstaunte war die Tatsache, dass die vorgeschlagenen Lösungen nicht schon früher umgesetzt werden bzw. weshalb beispielsweise die Lehrkräfte nicht nach Optimierungen gesucht hatten. Wie funktioniert denn der Kommunikationsfluss zwischen den Lehrpersonen und der Stadt, damit solche Anliegen thematisiert und angegangen werden können? Die Überweisung mit sofortigen Beantwortung und Abschreibung des Vorstosses ist auch im Zusammenhang mit einem früheren Postulat beschlossen worden, welches sie im Zusammenhang mit der Heidenlochstrasse eingereicht hatte. Daraus resultierte, dass man nachträglich nicht mehr nachvollziehen kann, was vom Stadtrat zugesichert und was schlussendlich davon realisiert wurde. Auch sie befürwortete deshalb eine schriftliche Postulatsbeantwortung.

Marianne Quensel (SP) sagt, dass die Situation betreffend den Turnhallen in Liestal nicht optimal ist und dies ebenfalls allgemein bekannt ist. Die SP-Fraktion vertraut darauf, dass die vom Stadtrat vorgeschlagenen Lösungen umgesetzt werden. Auch sollten die Energien für die wirklich grossen Probleme im Bildungs- und Schulbereich investiert werden. Ihre Fraktion spricht sich deshalb gegen eine Postulatsüberweisung aus.

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) kann feststellen, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Rat angemeldet werden.

://: Mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen wird das Postulat Nr. 2013/94 an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) erklärt, dass Ratsmitglieder, welche neue Motionen und/oder Postulate eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Ratssitzung noch mündlich begründet können.
Nach Umfrage kann er feststellen, dass sich diesbezüglich keine Ratsmitglieder zu Wort melden.

* * * * *

Ratspräsident Hanspeter Stoll (SP) wünscht abschliessend allen Ratsmitgliedern und Anwesenden schöne und erholsame Festtage und hofft, dass sich die Einwohnerratsmitglieder auch nächstes Jahr mit dem gleichen Elan engagieren, wie dies an der heutigen Sitzung der Fall war.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 20.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Hanspeter Stoll

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann